

## Schweiz



Den Schweizer Soldaten fehle es vor allem an schweren Waffen, sagt Stefan Holenstein. Foto: Keystone

## Schweiz weit hinten

Militärausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung BIP, ausgewählte Länder, 2022, in %

Saudiarabien	7,4
Israel	4,5
Russland	4,1
USA	3,5
Grossbritannien	2,2
Frankreich	1,9
Finnland	1,7
Italien	1,7
Norwegen	1,6
China	1,6
Niederlande	1,6
Ø EU	1,6
Spanien	1,5
Dänemark	1,4
Deutschland	1,4
Österreich	0,8
<b>Schweiz</b>	<b>0,8</b>

Grafik: ese, mru / Quelle: Weltbank

## So will der Bund die Wohnungsnot lindern

**Massnahmen** Mit einem «Aktionsplan Wohnungsnot» will der Bund gegen die Knappheit an Wohnraum vorgehen. Wie der «SonntagsBlick» berichtet, werden 35 Massnahmen zur Umsetzung empfohlen. Die Angebotsseite stehe im Fokus. Den Hebel ansetzen will der Bund bei der Verdichtung. Die Gemeinden sollen bei der Erarbeitung von Strategien zur räumlichen Entwicklung unterstützt werden. Es stelle sich die Frage, ob die Trennung von Arbeits- und Wohnzonen an geeigneten Orten gelockert werden könne. Damit liessen sich auch Büro- und Hotels einfacher zu Wohnungen umnutzen. Ebenfalls geprüft werden soll eine Anpassung der kantonalen Raumplanungs- und Baugesetze.

Einen zweiten Schwerpunkt legt der Aktionsplan auf die Stärkung der Baubewilligungsverfahren. Missbräuchliche Einsprachen, die einzig der Verzögerung von Projekten dienen, sollen mit einer Kostenaufgabe eingedämmt werden. Ebenfalls empfiehlt der Bund die Erstellung eines juristischen Gutachtens, wie diese Einsprachen reduziert werden können, ohne dass dabei der Rechtsschutz infrage gestellt wird.

Dem Mieterverband geht der Aktionsplan allerdings zu wenig weit. Hauptproblem seien die hohen Mieten, sagt Mieterverbandspräsident Carlo Sommaruga. Das werde im Plan weitgehend ausgeblendet. (red)

# «Dann hat die Schweiz ein ernsthaftes Sicherheitsproblem»

**Militärexperte** Stefan Holenstein, Präsident der militärischen Interessenverbände, fordert hohe Mehrausgaben für die Aufrüstung – notfalls auch über eine Volksinitiative.

Edgar Schuler

**Herr Holenstein, Armeechef Thomas Süssli sagt, er könne die Finanzsituation der Armee nicht mehr verantworten. Dramatisiert er die Lage?**

Ganz und gar nicht. Wenn es uns nicht gelingt, die Militärausgaben bis 2030 auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen, dann hat die Schweiz ein ernsthaftes Sicherheitsproblem. Ich verstehe den Chef der Armee, wenn er sagt, dass er das nicht verantworten kann.

**Wo fehlt das Geld?**

An allen Ecken und Enden, primär bei den schweren Bodensystemen wie etwa der Artillerie, der Panzerabwehr und den Panzern. Wenn wir hier nicht schnell und massiv investieren, brechen uns die Systeme des Heeres weg, zumindest temporär. Bis Anfang 2030 braucht die Armee dringend 13 Milliarden Franken, um Artillerie und Panzer zu ersetzen.

**Sie übertreiben. Der Kauf der F-35A-Kampfflugszeuge zum Beispiel läuft nach Plan.**

Zum Glück! Immerhin investieren wir in eine funktionierende Luftwaffe und Luftverteidigung. Aber auch bei der Cyberabwehr, der vernetzten Führung und der Kommunikationstechnologie müssen wir rasch mehr investieren. Das Gerippe der Armee als Gesamtsystem funktioniert im Prinzip. Aber die Systeme kommen allesamt an ihr Nutzungsende. Wie der Ukraine-Krieg zeigt, sind dies essenzielle Mittel und Systeme.

**Welche Waffen braucht es jetzt?** Das moderne Gefechtsfeld sieht heute nicht viel anders aus als zu Zeiten des Kalten Kriegs. Besonders wichtig sind nach wie vor weitreichende Abstandswaffen wie die Artillerie, mechanisierte, robuste Mittel wie Panzer, Kampfflugzeuge und die Boden-Luft-Luftabwehr. Dazu kommen

Jurist und Oberst



Foto: Urs Flüeler

Stefan Holenstein ist Jurist und als Milizoffizier Oberst im Generalstab. Er präsidiert den Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz. Der VMG vereinigt alle ausserdienstlich tätigen militärischen Gesellschaften und Verbände in der Schweiz. Bis 2021 war Holenstein Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. (ese)

die neuen Technologien wie Cyberabwehr und insbesondere die Minidrohnen. Aber: Der Kauf von mehr und neuen Drohnen ist im ersten Finanzierungsschritt von 13 Milliarden nicht enthalten.

**Das 1-Prozent-Ziel für die Militärausgaben gibt der Bundesrat nicht auf, er verschiebt es nur um fünf Jahre. Das kann nicht dramatisch sein. Diese Verschiebung hat einen unglaublich grossen, finanzpolitisch ausgewiesenen Effekt. Wenn die Investitionen bis 2035 um so viel langsamer wachsen, führt das zu einer Reduktion von rund 11,7 Milliarden – diese sind unwiderruflich weg. Die Folgen für die Armee sind katastrophal.**

**Viola Amherd ist die erste Verteidigungsministerin seit Jahrzehnten, die das Armeebudget erhöht hat. Ja, das hat sie. Leider aber nicht bis spätestens 2030, sondern erst bis 2035. Das ist schlicht ungenügend. Ich erinnere daran, dass wir budgetmässig bei der Armee**

von einem sehr tiefen Niveau herkommen. Frau Amherd hat es kürzlich selbst gesagt: Die Armee wurde in den letzten Jahren kaputtgespart. Eine «Mini-Budgeterhöhung» bis 2035 reicht nirgends, erst recht nicht im internationalen Vergleich.

**Wie stehen wir im Vergleich da?** Sehr schlecht. In Europa hat meines Wissens kein vergleichbares Land geringere Armeeaussgaben als wir. Zugespitzt gesagt: Nur der Vatikan gibt weniger für seine Verteidigung aus als die Schweiz. Die meisten Länder – auch das von uns armeemässig oft belächelte Österreich – erhöhen ihre Verteidigungsausgaben jetzt massiv, meist über 1,5 Prozent des BIP. Der Krieg in der Ukraine hat bei ihnen zu einem Umdenken geführt.

**Bundesrätin Amherd hat sich nicht gegen die Verschiebung des 1-Prozent-Ziels um fünf Jahre gewehrt. Sind Sie enttäuscht von ihr?** Wenn dem tatsächlich so ist, sage ich es Ihnen offen und ehrlich: Wir sind sehr enttäuscht.

**Hintergrund der Verschiebung: Dem Bund geht das Geld aus. In den nächsten Jahren drohen Ausfälle in Milliardenhöhe. Wo soll der Bund sparen, um Militärausgaben zu erhöhen?** Der Bund gibt fast 90 Milliarden Franken jährlich aus. Ich sehe etliche Sparmöglichkeiten, etwa beim Verkehr, bei der Energie, in der Landwirtschaft.

**Mit solchen Ideen stossen Sie überall auf Widerstand. Ich weiss, das schmerzt. Aber bei der sich verschärfenden Sicherheitslage in Europa muss die Armee finanzpolitische Priorität haben. Es geht um die Sicherheit unserer Schweiz!**

**Der Bundesrat verweist auf die Schuldenbremse, die in der Verfassung verankert ist.**

Ich verstehe das Dilemma des Bundesrats. Aber die Verteidigung der Schweiz ist der verfassungsmässige Kernauftrag der Armee. Es gibt kein Land der Welt, das seine Sicherheitspolitik der Schuldenbremse unterstellt.

**Sie wären für eine Aufhebung der Schuldenbremse, um die Aufrüstung voranzutreiben?** Zumindest für eine Lockerung. Mit Schulden können wir umgehen, aber die Sicherheit der Schweiz ist nicht verhandelbar. Es gibt andere Wege. Ein konventioneller, wenn auch unbeliebter Schritt wäre eine zeitlich befristete Wehrabgabe via Erhöhung der Mehrwertsteuer.

**Was tun Sie, wenn der Bundesrat nicht auf Sie hört?** Wir Milizverbände denken ernsthaft über eine Volksinitiative nach. Wir könnten in der Verfassung verankern, dass die Ausgaben für die Armee mindestens 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen müssen. Das wäre ein langer Weg, weshalb wir zuerst politische Lösungen suchen.

**Also soll nun das Parlament die Militärausgaben erhöhen. Richtig. Dazu müsste sich die bürgerliche Mehrheit im Parlament, SVP, FDP, Mitte und GLP, zusammenraufen.**

**Wenn sie das nicht tun, werden Sie die Initiative lancieren?** Wir scheuen uns keineswegs davor, haben das intern schon diskutiert, und ich bin auch in Gesprächen mit Politikern auf Verständnis gestossen.

**Sind die von Ihnen präsidierten Milizverbände initiativfähig?** Der Verband Militärischer Gesellschaften hat gegen 100'000 Mitglieder. Und wir haben ein Netzwerk von befreundeten Verbänden wie der Schweizerischen Offiziersgesellschaft mit rund 20'000 Mitgliedern und vor allem den Schützenvereinen mit

über 150'000 Mitgliedern. Als Kampagnenorganisation wäre die Allianz Sicherheit Schweiz parat. Ich denke, wir hätten die 100'000 Unterschriften schnell zusammen.

**Sie müssten den Stimmbürgern erklären, warum militärische Sicherheit wichtiger sein soll als die soziale Sicherheit.** Ohne militärische Sicherheit gibt es kein stabiles, liberales und wertebasiertes gesellschaftliches Zusammenleben. Ohne das Bewusstsein, dass wir uns verteidigen können, dass wir unsere freiheitliche Gesellschaft organisieren können, sind auch unsere Sozialwerke infrage gestellt.

**Sie reden, als ob wir morgen in einen Krieg verwickelt würden. Eine hochkritische Situation entsteht schon, wenn ein Übergriff auf ein Nato-Land erfolgen sollte. Das könnte zu einer gefährlichen, eskalierenden Destabilisierung in Europa führen, die uns nicht mehr nur mittelbar, sondern unmittelbar bedroht – militärisch, wirtschaftlich, sozial.**

**Ist es nicht ohnehin illusorisch, dass sich die Schweiz in einem solchen Fall allein verteidigen könnte?**

Ja, ohne internationale Zusammenarbeit wird es bestimmt nicht gehen. Wahrscheinlich müssen wir dann in einem Bündnisfall auch mit anderen zusammenarbeiten.

**Wenn wir uns im Kriegsfall mit anderen Ländern zusammenschliessen, müssen wir nicht selbst aufrüsten, oder?** Exakt falscher Zirkelschluss! Wir können als eines der reichsten Länder nicht die Verteidigung herunterschieben und denken, die Nato hilft uns dann schon. Da gibt es kein Trittbrettfahrertum. Nein, wir müssen selbst einen Beitrag zur europäischen Sicherheitsarchitektur leisten. Nur dann sind wir glaubwürdig.

## Europarechtlerin: Volksmehr reicht

**Schweiz - EU** Die Frage ist brisant: Wie sollen sich die Stimmberechtigten zum geplanten Vertragspaket mit der EU äussern können? Bundesrat und Parlament müssen entscheiden, ob es für das Abkommen ein Volks- und ein Ständemehr braucht – oder ob ein Volksmehr ausreicht. Von der Antwort könnte das Schicksal der bilateralen Beziehungen abhängen. Eine klare Ansage macht nun Astrid Epiney, Professorin für Europarecht an der Universität Freiburg. Sie hält ein Vetorecht für die Kantone für «verfassungswidrig», wie sie in der «NZZ am Sonntag» sagt. Die Voraussetzungen für ein obligatorisches Referendum seien nicht erfüllt. «Und damit erübrigt sich auch die Frage nach dem Ständemehr», sagt Epiney. (red)

## Fragen zu Amherds Finanzstrategie

**Armee** Das Finanzdepartement sah die Geldnot der Armee im Januar 2023 nicht als akutes Problem an. Das zeigen Dokumente zum Budgetvoranschlag 2024 im «SonntagsBlick». Für das laufende Jahr kamen Kürzungen in Höhe von 286 Millionen Franken im Einvernehmen mit Verteidigungsministerin Viola Amherd zustande. Ihr Departement meldete für die kommenden Jahre zusätzlichen Geldbedarf für den Bevölkerungsschutz, die Cybersicherheit und das Bundesamt für Landestopografie an – nicht aber für konkrete Projekte der Armee. Rüstungsbeschaffungen seien komplex und bräuchten ihre Zeit, räumt ein Sprecher Amherds ein. (red)